

Berlin, Freitag,

Die Zeitung erscheint in der Woche  
zwölffmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich  
für Berlin 7 Mt. 50 Pf., ohne Portofolio,  
für ganz Deutschland 9 Mt.,  
Oesterreich 10 Mt. 50 Pf., Rußland  
& Bulg. 55 Kop., Holland 7 Mt. 50 Gts.,  
Schweiz 12 Frs. 40 Gts., Dänemark,  
Schweden u. Norwegen 9 Kr.

Für Frankreich, Belgien, England,  
Amerika u. Australien-SENDUNG  
20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:  
Für England in London bei  
Siegle & Co. Ltd.

129 Redenhall Street E.O. und  
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.O.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen  
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kurszettel,  
Kupon-Kalender.

Vollständige Zeichnungslisten der  
Preuß.-Bild. Klassenlotterie.

Allgemeine Verlosungstabellen  
mit Restanten-Listen  
und viele andere wichtige tabellarische  
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.  
Restamteile 1.20 Mt.

Fernsprecher:

Zentrum, Nr. 243.

Telegraphisch-Adresse:  
Börsenfrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37.  
Annahme der Inserate: In der Expedition.

## Vom Tage.

Bei der gestrigen Enthüllung der Friedrichs-  
statue in Bangsunds hielten der Kaiser und  
König Haakon Anreden.

In englischen Unterhause erklärte Grey auf  
eine Anfrage, die Mächte hielten es nicht für wünschens-  
wert, unter Anwendung von Zwangsmahregeln gegen  
die Türkei zu intervenieren.

Nach Meldungen aus Hankau ist Hukau ohne  
Kampf von den Nordtruppen eingenommen  
worden. In der Nähe von Saho ist ein Kampf im  
Gange.

Bei Kap Spurr hat sich der englische Panzer-  
kreuzer „King Alfred“ mit dem spanischen Dampfer  
„Umbra“ zusammengestoßen. Die „Umbra“ sank  
äußerst rasch, die Besatzung wurde gerettet.

## Der Geschäftsbericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei be-  
ginnt im „Vorwärts“ mit der Veröffentlichung des  
Geschäftsberichtes über das abgelaufene Jahr an den  
demnachst in Zena zusammen tretenden Parteitag.  
Trotz der offensiblen Erfolge, die die Partei parla-  
mentarisch erzielt hat, spricht aus dem Geschäftsbericht  
ein unverkennbarer Pessimismus. Schon von den  
verschiedenen Lokalorganisationen war in der letzten  
Zeit Klage darüber geführt worden, daß der Mit-  
gliederzuwachs in überraschendem Maße zu wünschen  
übrig gelassen hätte. Der Bericht des Parteivor-  
standes bringt: eine zahlenmäßige Verfestigung  
dieser Klagen. Der Mitgliederzuwachs hat nur  
12 748, also 1,3 pCt. betragen, während er sich im  
Jahre 1912 noch auf 15,9 pCt. belief. Dazu kommt  
noch, daß dieser an und für sich geringe Zuwachs in  
der Hauptsache auf die stärkere Beteiligung der  
Frauen am Parteileben zurückzuführen ist, denn der  
Anteil der Frauen an dem Zuwachs beträgt über  
10 000. Der Rückgang an Werbekraft der Partei  
würde also ohne die sozialdemokratische Frauen-  
bewegung noch viel stärker sein. Demnach scheint die  
starke Reichstagsfraktion der Partei nicht von Segen  
gewesen zu sein, wenn man nicht gar annehmen  
will, daß die Partei überhaupt an der Grenze ihrer  
Entwicklungsfähigkeit angekommen ist. Daß die  
Verabschiedung der Heeresvorlage und die Haltung  
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von Ein-  
fluß auf die Entwicklung der Partei gewesen sei, ist  
kaum anzunehmen, denn diese Dinge liegen zu kurze  
Zeit zurück, als daß sich ihre Wirkung schon jetzt  
bemerkbar machen könnte. Mehr Wahrscheinlichkeit  
hat die Annahme für sich, daß die neuartige  
Stellung, die die sozialdemokratische Fraktion infolge  
ihrer Stärke im Reichstage einzunehmen gezwungen  
ist, eine ungünstige Auswirkung gehabt hat. Der  
gegen frühere Zeiten unvergleichlich größere  
Einfluß, den die sozialdemokratische Fraktion  
jetzt im Reichstage gewonnen hat, zwingt  
ihre Mitglieder, sich auch an der posi-  
tiven Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, während  
sie früher imbedeutend des Effektes in der vollen  
Negation beharren durften. Nun ist aber positive,  
rührende Arbeit, zumal nach einer Periode der unmit-  
telbaren parlamentarischen Verweigerung aller gegen alle,  
das denkbar schlechteste Agitationsmittel. Das hat  
auch die sozialdemokratische Parteileitung ganz richtig  
erkannt, daher die in letzter Zeit so eifrig an-  
genommene Diskussion über den politischen Massen-  
streik, die lediglich den Zweck hatte, die Bewegung  
der Massen im Fluß zu erhalten und das Interesse  
für die Parteibestrebungen nicht einklinken zu lassen.  
Daß diese Gefahr tatsächlich eine nicht zu unter-  
schätzende Größe angenommen hat, beweisen die

Zahlen des Vorstandsberichtes über den Abnehmen-  
stand der Parteipresse. Während bisher der Ge-  
schäftsbericht des Parteivorstandes regelmäßig über  
einen mehr oder weniger beträchtlichen Zuwachs an  
Abonnenten der Parteipresse berichten konnte, muß er  
diesmal feststellen, daß die Zahl der Leser der sozial-  
demokratischen Presse sich um fast 13 000 verringert  
hat. Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, daß der  
Ton des Geschäftsberichtes eher alles andere als  
stimmungsbekämpfend ist.

Es wird nicht leicht sein, die Gründe für diese  
zweifelslos nicht besonders günstige Entwicklung der  
Partei einwandfrei festzustellen. Es muß aber darauf  
aufmerksam gemacht werden, daß verschiedene Vor-  
gänge innerhalb der Partei während der letzten Zeit  
deutlich erkennen lassen, daß die früheren von den  
anderen Parteien oft mit Neid beobachtete Einigkeit  
und Geschlossenheit, die trotz mancher erregten Aus-  
einandersetzungen auf den Parteitag tatsächlich vor-  
handen war, neuerdings erheblich gelitten haben  
muss. Dazu gehört n. a. die Zunahme der  
Disziplinwidrigkeiten bei Streiks und die Vor-  
gänge bei den preussischen Landtagswahlen, wo Kan-  
didaten entgegen dem ausdrücklichen Willen der Partei-  
leitung aufgestellt wurden und wo nachher gegen die  
Anordnungen des Parteivorstandes erregte Proteste  
erhoben wurden. An die Auseinandersetzungen zwischen  
Radikalen und Revisionisten hat man sich ansehnend  
in der Partei bereits so gewöhnt, daß selbst die heftig-  
sten persönlichen Polemiken zwischen den Vertretern  
dieser beiden Richtungen auf die Entwicklung der  
Partei keinen Einfluß mehr ausüben können. Ver-  
denslicher — vom Standpunkte der sozialdemokratischen  
Partei aus — erscheint es schon, daß sich neuerdings  
auch schon in dem radikalen Flügel eine Trennung  
der Geister zu vollziehen scheint. Jedenfalls hat man  
in letzter Zeit wiederholt die Beobachtung machen  
können, daß Parteimitglieder, die sich gemeinsam an  
Radikalismus nicht das Mindeste nachgaben, doch  
über Fragen von einigermaßen grundsätzlicher Be-  
deutung in die Haare geraten. Und das eine steht  
ohne jeden Zweifel fest, daß die Partei bei der Be-  
handlung der Deckungsprobleme im Reichstage ganz  
in das opportunistische Fahrwasser geraten war. Der  
Opportunismus ist aber bereits so sehr in der Partei  
erfarkt, daß der Parteivorstand, der doch ganz aus  
Radikalen besteht, mit ihm als einer gegebenen Tat-  
sache rechnet und seine Bekämpfung den Ultraradikalen  
wie Rosa Luxemburg überläßt. Der Geschäftsbericht  
enthält denn auch nicht die geringsten Vorwürfe gegen  
die Vertreter des Opportunismus, sondern begnügt  
sich damit, das Verhalten darüber auszusprechen, daß  
die Protestbewegung gegen die Militärvorlage ein  
wenig abgeflaut sei. Das sind bedeutsame Zeichen  
der Zeit!

## Vom Balkan.

In Bukarest fanden am Mittwoch abend zwischen  
dem bulgarischen Delegierten Tontschew und  
dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos  
einerseits und Tontschew und dem serbischen  
Ministerpräsidenten Paschitsch andererseits  
Unterredungen statt. Zu den der Konferenz vor-  
angegangenen Beratungen schloßen die Bulgaren vor,  
daß rumänische Offiziere die Einhaltung der Bedingun-  
gen für die Waffenruhe überwachen sollten, was jedoch  
nicht angenommen wurde. Bei den Besprechungen  
gaben alle Teile gegenseitig die Versicherung ab, daß  
sie mögliche Verhöhnlichkeiten wälten lassen wollten.  
In einer langen Besprechung zwischen Tontschew und  
Venizelos kam die Frage der Zuweisung Kavallas  
zur Sprache. Von rumänischer Seite ist man bemüht,  
die Verhöhnung unter den Kriegsverboten möglich  
zu fördern. Deshalb wurden die Sitzungen auf den  
Nachmittag verlegt, damit die Delegierten genügend  
Zeit zu Sonderverhandlungen haben.  
Es wird viel beachtet, daß trotz des angeblichen  
Widerstreitens der Verbündeten gegen die Einstellung

der Feindseligkeiten die rumänische Auffassung  
schließlich doch die Oberhand gewonnen hat, was als  
Zeichen angesehen wird dafür, daß sich der nähere  
und beruhigende Einfluß der rumänischen Dele-  
gierten auch weiterhin geltend machen wird. Auf  
Seiten der bulgarischen Delegierten besteht der  
Wunsch, vorerst jene Punkte zur Sprache zu bringen,  
über die eine Einigung voranschreitlich leicht erzielt  
werden wird. Man glaubt, daß dies bezüglich der  
künftigen serbisch-bulgarischen Grenze eher möglich  
sein wird, als bezüglich der bulgarisch-griechischen  
Grenze.

Wie aus Sofia gemeldet wird, hat sich das Ver-  
hältnis zwischen Bulgarien und Rumänien  
überaus befriedigend gestaltet. Es sind sichere An-  
zeichen wahrzunehmen, die erwarten lassen, daß  
zwischen den beiden Staaten nicht bloß eine Verständ-  
igung über alle Differenzen erzielt werden, sondern  
eine innige Annäherung zustande kommen werde. In  
Sofia bestehen für die Herstellung solcher Beziehungen  
die besten Dispositionen, und die Einbrüche, die der  
bulgarische Delegierte Tontschew aus Unterredungen  
mit den führenden rumänischen Staatsmännern ge-  
wonnen hat, lassen erkennen, daß man in Bukarest  
gleiche Gesinnungen hegt.

Wiener Blätter stellen in Besprechung der Be-  
schlüsse der Vorkonferenzvereinigung ein-  
seitig Albanien fest, daß dieses tatsäch-  
lich erreicht wurde, was Österreich-Ungarn  
und Italien angestrebt hatten. So wurde zunächst  
die türkische Souveränität oder Souveränität  
gänzlich ausgeschlossen. Ebenso wurde der Plan, der  
zur Organisierung der Verwaltung zu entscheidenden  
internationalen Kommissionen direkte Verwaltungs-  
rechte einzuräumen, abgelehnt, desgleichen die von  
der Tripleente vertretene Absicht, an die Spitze  
dieser Kommission einen Funktionär zu stellen,  
welcher das Amt eines Chefs der Exekutive auszu-  
üben hätte. Endlich fand das besonders von fran-  
zösischer Seite geforderte Bestreben, daß der inter-  
nationalen Kommission die Verfügung zuzufallen solle,  
Exekutivorgane nach freiem Ermessen anzustellen, nicht  
die Zustimmung der Mächte. Daher werden die  
bereits bestehenden einheimischen Behörden die Ver-  
waltung ausüben, während der internationalen Kom-  
mission die Aufgabe zufällt, ein determiniertes Statut  
für den Verwaltungsdienst an Ort und Stelle auszu-  
arbeiten.

Der Berichterstatter der Wiener „Reichspost“, der  
sich der besten Beziehungen zum bulgarischen General-  
stab erfreut, macht sehr interessante Angaben über die  
Differenzen, die zwischen dem früheren Minister-  
präsidenten Danew und der Heeresleitung be-  
standen und schließlich zum militärischen Zusammen-  
bruch Bulgariens geführt haben. Der Bericht-  
erstatter schreibt die volle Verantwortung für das  
Geschehene Danew zu, der sich vollständig von dem  
russischen Generalstab ins Schleppland  
nehmen ließ und sich dabei der unglücklichsten  
Praktiken bediente. Vielleicht hat jenseitig eine  
authentische Erklärung für jenes Telegramm ab-  
gegeben werden können, daß Dr. Danew am  
Tage des Zusammentritts der Serbanen den  
Parteilührern zur Kennzeichnung der Situa-  
tion vorgelegt hat. Es lautete ungefähr  
folgendermaßen: „Die Verbindung zwischen der sieben-  
ten und achten Division verloren gegangen. Zerbrochen  
Vorstoß über Kofschana hinaus unauflösbar. Sucht  
Intervention! General Kowalschew.“ — Es ist schwer,  
mit Worten jene Depression zu schildern, welche sich  
der Deputierten bemächtigte. Dieser Schlag nach den  
ersten Siegesmeldungen vom Grewopolje, Krivolak  
und Gjebezil! „Nun ist alles aus, wir müssen uns  
dem Petersburger Gebote beugen.“ So sagte einer der  
Oppositionsführer, der im gegenwärtigen Ministerium  
eine hervorragende Stellung einnimmt. Glaub-  
würdige Persönlichkeiten erzählten mir, daß einer der  
Oppositionsführer sich die Frage an Danew er-  
laubt hat, ob denn auch zu der schicksalsschweren  
Depechenachricht der zugehörige Morstschew vor-  
handen sei? Dieser soll sich bis heute nicht gefunden  
haben, und aus der Mitteilung Kowalschew's erfuhr  
ich, daß dieser auf das entscheidende abgesehen hat,  
als Autor der Depeche zu gelten! Bis heute ist  
man selbst in eingeweihten Kreisen Sofias nicht einig  
darüber, ob jene Depeche Danew's echt gewesen ist.